

SOLIDARISCH IN DIE OFFENSIVE

#Solidarisch in die Offensive

Metallerinnen und Metaller wollen Transformation gestalten!

Arroganz und Ignoranz der deutschen Arbeitgeber haben in der Vergangenheit dafür gesorgt, dass einzelne Industrien abgewandert sind. Der Mangel an einer weitsichtigen Industriepolitik war dafür verantwortlich, dass beispielsweise die für die Mobilität der Zukunft wichtige Batterietechnologie heute außerhalb Europas beheimatet ist. Auch diesmal sind die Arbeitgeber spät aufgewacht! Sehr spät haben sie realisiert, dass der Wandel des industriellen Sektors nicht aufzuhalten ist und gestaltet werden muss. Ein tiefgreifender Wandel der den IG Metall Bezirk Mitte in besonderer Weise trifft: Alle vier Bundesländer stehen vor enormen Herausforderungen und alle Branchen, wie die Automobil- und Zulieferindustrie, die Stahlindustrie oder die Metall- und Elektroindustrie, werden in den nächsten Jahren einen gigantischen Umbauprozess bewältigen müssen. Gut ist, dass mittlerweile nahezu alle Automobilhersteller eine Elektrostrategie haben und die Pläne für die Herstellung von ‚blauen‘, und langfristig ‚grünen‘, Stahl konkreter sind. Das war ein hartes Stück Arbeit für die IG Metall Mitte die in Transformationsräten oder über die Transformationswerkstatt Saar konkrete Vorschläge für den Umbauprozess erarbeitet und vorgeschlagen hat.

Der **Umbauprozess** kann nur mit den Beschäftigten zusammen gelingen. Nur wenn die Metallerinnen und Metaller einbezogen sind, kann einer Abwanderung ganzer Branchen in andere Regionen entgegengewirkt werden. Nur mit mehr **Mitbestimmung** – mit mehr Demokratie in der Wirtschaft – ist zu verhindern, dass Produktion und Entwicklung sowie Kompetenzen und Innovationsfähigkeit verloren gehen. Die Fehler der Vergangenheit dürfen nicht wiederholt werden!

Es bedarf einer **nachhaltigen Industriepolitik**. Und das wird nur mit einem **aktiven und starken Staat** gehen. Der Umbauprozess darf nicht den sogenannten freien Marktkräften überlassen werden. Dann werden soziale und ökologische Standards auf der Strecke zu bleiben. Und darin liegen enorme wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Risiken. Es gilt, die **klimaneutrale Industrie der Zukunft** zu bauen, sie hier bei uns in Deutschland und Europa zu halten und zukunftsfest aufzustellen. Die wachsende Ungerechtigkeit, wachsende Ungleichheit, das alles führt schon jetzt zu abnehmender Systemzustimmung und Legitimationsdefiziten. Dem wollen wir entgegenwirken.

#fairwandel: Wir fordern eine Politik des fairen Wandels:

Die Folgekosten der Pandemie dürfen nicht einseitig auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und sozial Schwachen abgewälzt werden. Die Möglichkeiten der gesellschaftspolitischen Einflussnahme - der Mitgestaltung - sind zu stärken. Das Betriebsrätemodernisierungsgesetz reicht dafür nicht aus. Die Metallerrinnen und Metaller wollen ihre Erfahrungen und Kompetenzen in die aktuelle Debatte über die Zukunft der Produktions- und Wirtschaftsweise einbringen. Die Politik muss ihre Handlungsspielräume gegenüber der Wirtschaft zurück erobern, damit eine sozial und ökologisch orientierte Industriegesellschaft gestaltet werden kann. In diesem Zusammenhang geht es auch um Alternativen zu einem die Umwelt zerstörenden Kapitalismus.

Diese Aufgaben sind jetzt anzugehen:

- Aktive Politik für die Zukunft der Industrie,
- Soziale und ökologische Mobilitäts- und Energiewende,
- Gerecht finanzierte Investitionsoffensive für die Transformation,
- Gute Arbeit, gute Ausbildung als Brücke in die Arbeitswelt,
- Neues soziale Sicherungsversprechen,
- Stärkung der Mitbestimmung und Tarifautonomie,
- Demokratie verteidigen – Rechtspopulisten und Extremisten entgegentreten,
- Echte Gleichstellung.

Erweiterte Mitbestimmung heißt:

- Schwellenwert für die paritätische Unternehmensmitbestimmung auf 1.000 Beschäftigte zu senken. Schlichtungsverfahren statt Doppelstimmrecht des Aufsichtsratsvorsitzes,
- Mitbestimmung auf Unternehmen in ausländischer Rechtsform erweitern, Mitbestimmungsumgehung durch Flucht in andere Rechtsformen (Societas Europaea) abschaffen,
- Einführung eines Sanktionsregimes für Fälle rechtswidriger Nichtanwendung der Mitbestimmung,
- Digitales Zugangsrecht für Gewerkschaften,
- Initiativ- und Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats in allen Fragen der Arbeitsorganisation, Personalplanung und Beschäftigungssicherung,
- Einführung eines umfassenden Initiativ- und Mitbestimmungsrechts für Betriebsräte sowie Einführung eines individuellen Rechtsanspruchs auf Weiterbildung,
- Gesetzliche Verankerung von betrieblichen Weiterbildungsmentorinnen und Weiterbildungsmentoren sowie deren Freistellungsansprüchen.

Wir müssen uns aber auch fragen: **Was können wir tun?** Denn die Basis der Wirkmächtigkeit der IG Metall ist der Betrieb, ist die Belegschaft. Die Mitgliedschaft - die Metallerrinnen und Metaller - entscheiden, ob wir in der politischen Arena eine einflussreiche Stimme haben. Sie entscheiden, ob tarifpolitische Weichen für die Zukunft gestellt werden können. Nur wenn wir viele sind, können wir gemeinsam gestalten und solidarisch in die Offensive gehen. Die Politik hat dafür faire Bedingungen zu schaffen. **Die Menschen von der IG Metall zu überzeugen, ist aber alleine unsere Aufgabe.** Wenn wir Flächentarifvertrag durchsetzen wollen, müssen wir die Grundlage dafür schaffen. Wenn wir die Tarifbindung erhöhen wollen, sind wir gefragt. Wenn wir die Arbeits- und Lebensbedingungen der jungen Generation gestalten wollen, müssen wir die Auszubildenden und Studierenden von der IG Metall überzeugen. Wenn die IG Metall weiblicher werden soll und Angestellte überzeugen will, ist das ganz alleine unsere Aufgabe. Insofern beinhaltet das Motto ‚Solidarisch in die Offensive‘ klare Aufgaben. Packen wir es an und gehen am **29. Oktober** bundesweit und im IG Metall Bezirk Mitte auf die Straße!